



SEITE 2

Korruption und Abrechnungsbruch im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen



SEITE 3

Steuerliche Erleichterungen für Investoren durch Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone MV



SEITE 4

NPD-Fraktion fordert den Bau von Minaretten durch eine Änderung der Landesverfassung zu verbieten

DER

AUSGABE 13 - JAHRGANG 2012

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



© Günter Heilner / pixelio.de

Verfassungsschutz abschalten!

Schluß mit der Kriminalisierung und Unterdrückung politischer Oppositioneller

Der Weg des 1950 in der Alt-BRD gebildeten „Verfassungsschutzes“ (VS) ist derart mit Affären, Pannen und Skandalen gepflastert, daß sich damit armdicke Bände füllen ließen.

Zudem verschlingen die Landesbehörden des VS Jahr für Jahr erhebliche Summen, die an anderer Stelle, z. B. im Bereich Bildung, besser aufgehoben wären. In Mecklenburg-Vorpommern sind für die Inlandsgeheimdienstler im Haushalt 2012/13 jährlich 1,2 Millionen Euro vorgesehen worden. Grund genug für die NPD-

Fraktion, mit einem entsprechenden Antrag die Auflösung dieser Behörde zu verlangen.



Des weiteren gilt es, so der NPD-Landtagsabgeordnete David Petereit, das immer wieder gern beschworene

Prinzip der „parlamentarischen Kontrolle“ zu hinterfragen: „Der Verfassungsschutz wird immer nur so viel preisgeben, wie er für angemessen hält.“

Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei der sogenannten

parlamentarischen Kontrolle um „Selbstbetrug und Täuschung der Öffentlichkeit“. Doch alle daran Beteiligten tun so, als hätten sie den Geheimdienst fest im Griff und in den meisten Fällen wird das tatsächlich geäußert.

Weiter führte der Abgeordnete aus, „...daß ein Geheimdienst, der zur Unterdrückung und Kriminalisierung politischer Oppositioneller eingesetzt“ werde, „eine Beleidigung für die Demokratie und das Parlament“ darstelle.

Eine „streitbare Demokratie“ habe „es nicht nötig, auf herbei-

phantasierte Gefährdungen des Staatsgefüges durch politisch Andersdenkende mit einem Geheimdienst zu reagieren.“ Stattdessen müßte die argumentative Auseinandersetzung, gepaart mit „Sachlichkeit, Öffentlichkeit und Transparenz“, im Vordergrund stehen.

Gerade angesichts der in der letzten Zeit bekannt gewordenen Skandale sollten in einem ersten Schritt die Verfassungsschutzämter der Länder abgewickelt werden. Leider hat MV es verpaßt, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.

KOMMENTAR

Liebe Landsleute,

es wird eng für die sich „demokratisch“ nennenden Blockparteien. Die Eurowährung steht vor dem Zusammenbruch, die Arbeitsplätze, besonders die an den Wertstandorten, gehen zu Tausenden verloren. Angst geht um – nicht nur bei der schaffenden Bevölkerung. Die gesteigerten Aktivitäten des Verfassungsschutzes in punkto Ausforschung und Bespitzelung der nationalen Op-

position, sind ein untrügliches Zeichen für die Furcht, daß die allgemeine Unzufriedenheit im Lande von Wut in offene Systemfeindschaft umschlagen könnte.

Selbst den nur mäßig politisch Interessierten ist längst bewußt, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung nur auf dem Papier existiert, daß der Verfassungsschutz und die ehemalige Stasi der DDR sich kaum unterscheiden! Allein in

den nächsten zwei Jahren erhält diese Organisation 2,4 Millionen Euro aus Steuermitteln in MV. Die Vorgänge um die Mordserie beim sogenannten NSU-Skandal zeigen deutlich die Verstrickung staatlicher Stellen in den kriminellen Politsumpf. Ich bin der Auffassung, daß wir so lange nicht in einer Demokratie leben, wie Geheimdienstorganisationen politisch Andersdenkende ausspitzeln, kriminalisieren und verächtlich machen!

Mit herzlichen Grüßen aus dem Schweriner Schloß

verbleibt Ihr
Udo Pastörs



Bilder, die nicht lügen!

Die beliebte Reihe „Bilder, die nicht lügen“ wird auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt. Die DVDs mit aktuellen Reden aus dem Landtag vermitteln einen Einblick in die Arbeit der NPD-Fraktion. Jedem, der sich aus erster Hand informieren will, können diese DVDs nur wärmstens empfohlen werden.

Die DVDs sowie weiteres Informationsmaterial können Sie mit dem auf der letzten Seite abgedruckten Infoschein kostenlos anfordern.



Lücke im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit schließen!

Ein Dokument wie das Führungszeugnis ist im hochsensiblen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit von immenser Bedeutung, um beispielsweise Kinder vor Sexualstraftätern zu schützen. Allerdings enthält das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII keine konkrete zeitliche Vorgabe für eine Neuvorlage des Schriftstücks. Es ist lediglich von „regelmäßigen Abständen“ die Rede. Ein klar definierter Rahmen für eine erneute Vorlage würde eine entscheidende Lücke schließen. Klare Festlegungen in diesem Bereich werden von vielen Fachleuten als notwendig angesehen.

Die NPD-Fraktion forderte die Landesregierung deshalb auf,

im Bundesrat die Initiative dafür zu ergreifen, daß die entsprechende Passage im SGB VIII so eindeutig gefaßt wird, daß „als genereller Rahmen hinsichtlich der Neuvorlage [...] ein Zeitraum von mindestens drei bis höchstens fünf Jahren gesetzt wird.“



Der gesundheits- und sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Stefan Köster, betrachtet die Initiative als weiteren Schritt hin zu einem besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen, gerade

wenn diese zu ihren Betreuern in besonderen, existentiellen Abhängigkeitsbeziehungen stünden, so als Heim- oder Pflegekinder oder als Hilfesuchende in Notsituationen. Der 2009 vom Deutschen Bundesjugendring vertretenen Auffassung, hier seien „besonders hohe Standards anzulegen“ und diese seien auch auf Ehrenamtliche anzuwenden, könne man nur zustimmen.

Doch das Unvermögen, die wirklichen Probleme im Land zu erkennen und der ständige „Kampf gegen Rechts“ führten auch diesmal zur Ablehnung des wichtigen Vorhabens durch SPD-CDU-LINKE-GRÜNE.

Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Gesundheitswesen“

NPD-Fraktion fordert: Schluß mit Korruption und Abrechnungsbetrug

Aufgrund der immer wieder auftauchenden Berichte über Korruption und Abrechnungsbetrug in weiten Teilen des Gesundheitswesens fordert

die NPD-Fraktion die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Gesundheitswesen“. So wie man im Land bereits Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu anderen Straftatbeständen eingerichtet hat, so gilt es jetzt endlich auch eine Ermittlungsstelle für das Gesundheitswesen einzurichten.

Die oft komplizierten Sachverhalte, die fehlende Transparenz und die Vielzahl der Beteiligten machen es notwendig, auch in der Strafverfolgung die nötige Kompetenz zu gewinnen.

Obwohl Stefan Köster für die NPD-Fraktion durch zahlreiche Beispiele und knallharte Fakten die Notwendigkeit der Einrichtung aufzeigte und den berechtigten Schutz der überwiegenden Mehrheit der im Gesundheitswesen rechtlich schaffenden Tätigen vor den wenigen schwarzen Schafen einforderte, wurde der Antrag von

der „demokratischen Einheitsfront“ geschlossen abgelehnt.

Anscheinend sind für sie die Korruption und der Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen keine Themen, mit denen man sich im Landtag beschäftigen will.

Die neuerlichen Organspende-Skandale zeigen, daß diese Themen mehr als aktuell sind. Und deshalb setzte die NPD-Fraktion das Thema wieder auf die Tagesordnung und beantragt erneut die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Gesundheitswesen“. Weil die Beteuerungen der Verantwortlichen in Politik und Medizin nur heiße Luft sind, wird die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft nötiger denn je!



Arbeitslosengeld: Wer einzahlt, soll auch Leistungen erhalten

In der BRD entstehen immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, die oft schönfärbisch umschrieben als „kurzfristig“, „flexibel“ oder „atypisch“ daher kommen und in Wirklichkeit für die Betroffenen nur Unsicherheit und Ausbeutung bedeuten.

Zahlreichen Beschäftigten, die in solchen Arbeitsverhältnissen stehen, gelingt es nicht, die für den Bezug von Arbeitslosengeld I notwendigen Zeiträume zu erarbeiten. Die Regelanwartschaft von zwölf Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird nicht mehr erreicht und die Grundvoraussetzung für den Bezug von Arbeitslosengeld I somit nicht mehr erfüllt.



Der NPD-Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Michael Andrejewski forderte hier mit seinem Antrag eine

dringend notwendige Reform ein. Arbeitnehmer, die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, müssen auch bei Nichterreichen der Regelanwartschaft Anspruch auf Arbeitslosengeld I erreichen können.

Zwar hatte der Gesetzgeber diese Versorgungslücke grundsätzlich erkannt, aber die 2009 geschaffene Sonderregelung

der „Kurzen Anwartschaft“, die am 1. August 2012 ausgelaufen ist, konnte nicht wirksam greifen. Nach ihr konnte unter bestimmten Voraussetzungen die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I auch dann erworben werden, wenn in zwei Jahren weniger als zwölf Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet wurde. Diese Ausnahme war aber an derart komplizierte Voraussetzungen geknüpft, daß im Jahre 2011 nur wenige Hundert Personen diese Regelung in Anspruch nehmen konnten, obwohl Hunderttausende prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorlagen.

Die gesamte Landtagsrede von M. Andrejewski ansehen:



Belastungen durch Schwerlastverkehr beenden

Abgase, Erschütterungen, Lärmbelastigungen und erhöhte Unfallgefahr: In Löcknitz, Pasewalk, Strasburg, Woldegk, Mirow, Neustadt-Glewe und Zahrendorf — entlang den Bundesstraßen 5, 191, 198 sowie 104 — haben die Anwohner „die Nase voll“.

Die NPD-Fraktion setzte die Frage des Schwerlastverkehrs darum erneut auf die Tagesordnung. Bereits in der 5. Wahlperiode forderten die Nationalen in mehreren Anträgen, den Bürgern entlang der betroffenen Straßen zu helfen. In unzähligen Briefen schrieben uns die Einwohner, wie wütend sie auf die SPD/CDU-Landesregierung und deren Untätigkeit sind. Mit einem erneuten Antrag unternahm der NPD-Abgeordnete Tino Müller deshalb den Versuch, die übrigen Fraktionen des Landtages aufzufordern, endlich den betroffenen Anwohnern unter die Arme zu greifen. Doch wieder einmal weigerten sich die etablierten Parteien, in diesen Ortschaften eine wirksame Entlastung für die Bürger zu erreichen.

Die NPD-Fraktion wird trotz allem nicht müde werden! Im übrigen: 2011 haben sich über 200 Landsleute an den Petitionsausschuß gewandt, um mit ihrer Eingabe endlich eine konsequente Begrenzung des Lkw-Fernverkehrs zu erreichen. Scheuen Sie sich nicht, nutzen Sie Ihr Petitionsrecht und richten sie ihre Beschwerden an die fürstlich bezahlten Verantwortlichen!



Mecklenburg-Vorpommern zur Sonderwirtschaftszone erklären!



In vielen Staaten werden sie eingerichtet, um strukturschwachen Regionen auf die Beine zu helfen: Sonderwirtschaftszonen (SWZ). In diesen Gebieten gelten für Investoren steuerliche Erleichterungen. Allein in Polen gibt es 14 solcher Zonen, Tendenz eher steigend.

In deutschen Ländern hingegen weigern sich die Wirtschaftsfürsten der Provinzen beharrlich, entsprechende Schritte zu unternehmen. Sie verweisen als europaweit treueste Sklaven Brüssels auf EU-rechtliche Vorgaben. Demnach würde die Einrichtung von SWZ einer wettbewerbsverzerrenden Maßnahme gleichkommen.

Was aber wird aus den Deutschen, die in wirtschaftsschwachen Regionen leben und die sich von „ihren“ Volksvertretern richtungsweisende Maßnahmen erhoffen? Das ist der Punkt, an dem die NPD-Fraktion mit einem Antrag ansetzte.

Gefordert wurde, MV — immerhin das Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland — zur Sonderwirtschaftszone zu erklären sowie „die EU-rechtlichen Vorschriften [...] so zu ändern, daß die Bildung von Sonderwirtschaftszonen in strukturschwachen Regionen bzw. Bundesländern künftig erleichtert wird.“



Der NPD-Abgeordnete Tino Müller rief die Abgeordneten dazu auf, sich nicht länger dem

Diktat aus Brüssel zu beugen. Er warf dem CDU-Gegenredner Wolfgang Waldmüller vor, „stupide auf EU-Recht“ zu verweisen, während in anderen Ländern, so in Polen, selbstbewußt wirtschaftspolitische Pflöcke eingerammt würden.

Die Blockparteien im Schweriner Landtag verstecken sich dagegen lieber hinter EU-Paragraphen. Der Sklave lernt eben die Ketten lieben...



„Der Bau von Minaretten ist verboten.“

Vor dem Hintergrund der geplanten Errichtung einer Moschee mit Minarett in der Rostocker Südstadt brachte die NPD-Fraktion im Landtag einen Antrag zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein.

Kurz und knapp sollte in Artikel 9 (Kirchen und Religionsgemeinschaften) ein neuer Absatz 3 eingefügt werden: „Der

Bau von Minaretten ist verboten. Das Nähere regelt ein Gesetz.“ Eine Entwicklung wie in den alten Bundesländern, wo sich die Anzahl der Moscheen und Gebetshäuser von drei im Jahre 1970 auf inzwischen über 2.700 Gebetshäuser und Moscheen gesteigert hat, muß in Mecklenburg-Vorpommern beizeiten unterbunden werden.

Entgegen der allgemeinen Einschätzung, Minarette dienen

nur der Verzierung von muslimischen Gotteshäusern, kommen diese in Wirklichkeit einer Machtsymbolik gleich, die den Herrschaftsanspruch des Islam auch und gerade in noch überwiegend nicht von ihm geprägten Regionen hervorheben soll. Nicht umsonst sprach der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan im Zusammenhang mit Minaretten von „Bajonetten“, indem — so Erdogan — die Kuppeln „un-

sere Helme“, die Moscheen „unsere Kasernen“ und die Gläubigen „unsere Soldaten“ symbolisieren würden.

Der faktenreichen Einbringungsrede zum Antrag durch den NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs folgte eine Erwiderungsrede des SPD-Abgeordneten Nieszery, die an Blauäugigkeit kaum zu überbieten sein dürfte.

Wer sich den Vormarsch des Islams in Westdeutschland und Westeuropa in den letzten 30 Jahren vor Augen hält, sollte sich zusätzlich Worte wie die des Imams Omar Adel Kafi ins Bewußtsein rufen: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Islam zu verbreiten. Wir müssen die ganze Welt besiedeln und zum Islam bekehren.“ Damit wird klar, wohin die Reise letztendlich gehen soll! Da sich selbst solch eine einfache Erkenntnis bei selbsternannten Gutmenschen nicht durchsetzen kann, wurde die Gesetzesinitiative abgelehnt.

Keine weiteren U-Boote an Israel!

Aus gegebenem Anlaß forderte die NPD-Fraktion die Landesregierung auf, gegen die Auslieferung von U-Booten an Israel zu protestieren. Die NPD-Fraktion lehnt weitere Waffenlieferungen in das Krisengebiet Naher Osten entschieden ab. Die Vorgabe des Grundgesetz-

zes, daß keine Kriegswaffen in Krisengebiete geliefert werden dürfen, wird im Fall Israels einfach ignoriert. Besonders pikant an diesem Vorgang ist auch, daß der deutsche Steuerzahler jede Bootslieferung auch noch mit einem dreistelligen Millionenbetrag subventi-

onieren darf. Ob der Staat Israel mit den Superbooten nur seine „Rückschlagsfähigkeit“ steigern oder vielmehr einen Erstschlag gegen den Iran absichern will, bleibt abzuwarten. Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung im Nahen Osten besteht für Deutschland

damit sogar die Gefahr, Kriegspartei zu werden. **Die Kriegspolitik des Staates Israel und die Unterdrückung der Palästinenser werden von den Nationalen entschieden abgelehnt!**

Die gesamte Landtagsrede von Udo Pastörs ansehen:



INFO-GUTSCHEIN



**NPD-Landtagsfraktion
Mecklenburg-Vorpommern**
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



0385 - 5251322



info@npd-fraktion-mv.de



0385 - 5251321



[www.facebook.com/
NPDFraktionMuP](http://www.facebook.com/NPDFraktionMuP)



www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname

Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post